



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43



Gudrun Pieper MdL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die gemeinsamen Herausforderungen zur Flüchtlingsunterbringung war in der Plenarwoche das überlagernde Thema. Die Zahl der Menschen, die zu uns nach Niedersachsen kommen, und gerade in unseren Heidekreis nach Bad Fallingbostel, werden auch in unserem alltäglichen Leben Veränderungen ergeben. Diesen Anforderungen wollen wir uns stellen, doch die rot-grüne Landesregierung verweigert sich nach wie vor gemeinsam die schwierigen Anforderungen zu bewältigen. Viele unserer Initiativen wurden abgelehnt oder befinden sich nach wie vor in der Beratung. Sie können diese unter www.cdu-niedersachsen.de abrufen. In unserem Bundesland müssen jedoch noch andere Entscheidungen für unsere Bürgerinnen und Bürger getroffen werden.

Deswegen: Lesen Sie meinen Blickpunkt.

Herzlichst Ihre

TERMINAUSZUG

21.10.2015 **BAD FALLINGBOSTEL**
BESUCH CAMP BAD FALLINGBOSTEL UND
OERBKE

24.10.2015 **BUCHHOLZ**
60JÄHRIGES JUBILÄUM BÄCKEREI VATTER

30.10.2015 **WALSRODE**
VERLEIHUNG BUNDESVERDIENSTKREUZ

30.10.-31.10.2015 **HANSTEDT**
KLAUSURTAGUNG BEZIRKSVERBAND
NORDOSTNIEDERSACHSEN

02.11.2015 **SCHWARMSTEDT**
BÜRGERSPRECHSTUNDE

11.11.-13.11.2015 **HANNOVER**
PLENUM

V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Hauptstraße 9, 29690 Schwarmstedt

Tel.:(05071) 800 25 25
info@gudrunpieper.de

Rot-grün verweigert ihrem Ministerpräsidenten die Gefolgschaft

Auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion hat der Niedersächsische Landtag während des Plenarabschnitts über die Positionierung Niedersachsens in der Bundesratsabstimmung am Freitag zum Asylpaket beraten - SPD und Grüne lehnten diesen Antrag mit sofortiger Abstimmung allerdings ab.

Unsere Forderung: Niedersachsen muss dem Asylpaket im Bundesrat zustimmen - SPD und GRÜNE lehnten den Antrag auf sofortiger Abstimmung allerdings ab. Um Zeit zu gewinnen, sich nicht zu positionieren, wurde der Antrag in den Fachausschuss verschoben. Wegen der Dringlichkeit hat der Ausschussvorsitzende des Innenausschusses, Jan Ahlers, zu einer Sondersitzung am gleichen Abend einberufen, um eine Positionierung des Landtages Niedersachsen für die Bundesratssitzung am Freitag zu erhalten. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Jens Nacke hat im Vorfeld in der Plenarsitzung bemerkt: „SPD und Grüne weichen einer Diskussion über ihre Position zum Asylpaket erneut ohne Begründung aus, um ihre erkennbare Zerrissenheit in dieser Frage zu verdecken. Rot-Grün verweigert Ministerpräsident Weil damit die Gefolgschaft. Nicht nur die Grünen, sondern auch Teile der SPD-Fraktion teilen die Zustimmung des Ministerpräsidenten zum Asylpaket offenkundig nicht. Niedersachsens Regierungschef Weil hat in dieser wichtigen Frage keine Mehrheit mehr. Bei der Bundesratsabstimmung droht Weil eine handfeste Blamage durch die Grünen, aber auch durch seine eigene SPD-Fraktion.“ Nacke erinnert daran, dass Weil gemeinsam mit Umweltminister Wenzel (GRÜNE) dem Asylkompromiss vom September im Kanzleramt ausdrücklich begrüßt hatte: „Um es mit den Worten der

Kanzlerin zu sagen: Enthalten ist in dieser Frage keine Option.“

Was heißt das im Einzelnen? Weder der Koalitionspartner Bündnis 90/GRÜNE noch die eigene Regierungspartei SPD haben sich im Landtag hinter den Ministerpräsidenten und seinen Ausführungen, sowie seinem Abstimmungsverhalten am 24. September im Bundeskanzleramt gestellt. Im Gegenteil: Sie diskreditieren mit ihrem Abstimmungsverhalten den Ministerpräsidenten – schwächen ihn in seiner Position als ‚Landesvater‘.

Worum geht es?

Das Asylpaket umfasst eine ganze Reihe von Maßnahmen, die

- den momentan unkontrollierten Flüchtlingszustrom in geordnete Bahnen lenken sollen und in den Kommunen für die dringend benötigte Entlastung sorgen kann
- die Beschleunigung von Asylverfahren, den schnelleren Vollzug von Rückführungen ausreisepflichtiger Asylbewerber betreiben
- die Einstufung des Kosovo, Albaniens und Montenegros als sichere Herkunftsstaaten regelt.

Die Grünen, mit Unterstützung der SPD haben am Ende ihre Zustimmung Niedersachsens im Bundesrat erneut verhindert. Das ist eine Bankrotterklärung für das rot-grüne Bündnis insgesamt, eine Blamage für den Ministerpräsidenten! Er hat in seiner Koalition keine Mehrheit mehr und gezwungen mit Enthaltung im Bundesrat zu stimmen. Damit isoliert sich Niedersachsen und degradiert sich zum politischen Leichtgewicht. Die somit ausgesendeten Signale sind eindeutig: Auf das Wort des Ministerpräsidenten Weil ist kein Verlass mehr, die eigene Fraktion entzieht ihm die Gefolgschaft und er muss bei nächster Gelegenheit die Vertrauensfrage stellen!

PLENUM IN KÜRZE

CDU fordert deutliche Aufstockung der Mittel für Sorgentelefone und Familienberatung für Landwirtschaftsfamilien

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg, hat die rot-grüne Landesregierung aufgefordert, die Haushaltsmittel für den Betrieb landwirtschaftlicher Sorgentelefone sowie die Familienberatung spürbar aufzustocken. „Die zusätzlichen 5.000€, die der Landwirtschaftsminister im Haushaltsplanentwurf auf Druck der CDU bereitgestellt hat, reichen längst nicht aus“, sagte Oesterhelweg im Rahmen der Besprechung unserer Großen Anfrage zu diesem Thema. „Letztlich hat Minister Meyer mit seiner unaufhörlichen Hetze gegen landwirtschaftliche Betriebe für ein vergiftetes Klima in den Dörfern gesorgt und den gestiegenen Betreuungsbedarf bei Niedersachsens Landwirtschaftsfamilien damit selbst verschuldet.“

Seit der rot-grünen Regierungsübernahme hat sich die gesellschaftliche Situation vieler Landwirtschaftsfamilien merklich verschlechtert. „Ein Grund dafür ist die offen zur Schau getragene mangelnde Wertschätzung durch den grünen Landwirtschaftsminister“, so Oesterhelweg. „Die Landwirtschaftsfamilien brauchen dringend Unterstützung bei der Lösung psychischer und sozialer Konflikte. Wir müssen gewährleisten, dass die Sorgentelefone und die Familienberatung den wachsenden Herausforderungen gerecht werden.“ Die CDU-Fraktion wird deshalb in ihrem Haushaltsantrag für 2016 insgesamt rund 40.000€ zusätzlich für diesen Zweck einstellen. Wir sind gespannt, ob rot-grün zustimmen wird!

Justizministerin blamiert sich in Fragestunde zur VW-Affäre: Über Ermittlungen gegen Winterkorn erst aus Tagesschau erfahren

Mit Blick auf die Fragestunde im Nds. Landtag ist festzustellen, dass mit nahezu jeder Antwort der Justizministerin zu den Vorgängen bei Volkswagen ihre völlige Unkenntnis über grundlegende Organisationsabläufe im Justizministerium zum Ausdruck gebracht wurde. So äußerte sie, dass die Braunschweiger Staatsanwaltschaft in einer Pressekonferenz mitteilte, gegen den ehemaligen VW-Chef Winterkorn zu ermitteln. „Sie habe das erst aus der Tagesschau erfahren“. Ob das Justizministerium wenigstens per Pressemitteilung von den Schritten der Braunschweiger Staatsanwaltschaft informiert worden ist, weiß die Ministerin nicht - es entzieht sich auch ihrer Kenntnis, ob sich ihr Ministerium überhaupt im Presseverteiler der Braunschweiger Staatsanwaltschaft befindet. „Die Minis-

terin wirkt angesichts dieses Kommunikationsdesasters wie ein Fremdkörper in ihrem eigenen Haus“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer. Laut Toepffer hätte das Justizministerium separat von der Braunschweiger Staatsanwaltschaft über Ermittlungen gegen Martin Winterkorn informiert werden müssen. „Dass dieser an sich selbstverständliche Schritt ausgeblieben, ist peinlich genug. Dass Niewisch-Lennartz diesen offensichtlichen Organisationsfehler nicht umgehend aufklärte, zeichnet das Bild einer Ministerin, die sich offenbar gedanklich bereits von ihrem Amt verabschiedet hat.“

CDU unterstützt Initiative Hilfe für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe

Menschen, die als Kinder und Jugendliche in den Jahren 1949 bis 1990 in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben, sind von den bestehenden Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland und „Heimerziehung in der DDR“ ausgenommen.

Das habe ich als nicht akzeptabel und, gerade im Hinblick auf gleiches Recht, als nicht hinnehmbar in der Plenarsitzung zum Ausdruck gebracht.

Mit fraktionsübergreifendem Beschluss vom 7. Juli 2011 im Deutschen Bundestag, der zugleich Grundlage der bestehenden Fonds ist, ist die Bundesregierung aufgefordert worden, auch für Menschen mit Behinderungen, in Abstimmung mit den Ländern, Regelungen zu finden.

Am 21. Mai 2014 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine eigenständige Regelung für den Betroffenenkreis befürwortet, jedoch die Bundesmittel gesperrt, bis Länder und Kirchen sich zu einer Beteiligung bereit erklären. Die Kirchen hatten diese Bereitschaft bereits frühzeitig signalisiert. Und wie der Antrag der rot-grünen Fraktion richtigerweise beschrieben hat, hat die 91. ASMK 2014 bekräftigt, dass auch Kinder und Jugendliche in Heimen der Behindertenhilfe und in Psychiatrien Leid und Unrecht erfahren haben. Am 9. September 2015 haben Bund, Länder und Kirchen ihren Vorschlag eines Hilfesystems für Menschen, die als Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe misshandelt wurden, vorgestellt. Über die neue Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ sollen die Betroffenen nun ab 2016 Entschädigungszahlungen erhalten. Insofern haben wir den Antrag der rot-grünen Fraktionen

unterstützt, doch gab es einen Punkt, der noch offen ist:

Der Vorschlag, insbesondere die Höhe der pauschalen Entschädigung bzw. Anerkennungszahlung, ist nach wie vor für die Betroffenen inakzeptabel, da auf diese Weise keine Gleichbehandlung mit dem Hilfsfonds für misshandelte Kinder und Jugendliche aus Heimen der Jugendhilfe hergestellt wird.

Dies haben wir in unserem Änderungsvorschlag eingearbeitet und in der Beratung im Fachausschuss auch konstruktiv beraten. Der daraus entwickelte gemeinsame Antrag, ist das Ergebnis, das wir nun gemeinsam beschlossen haben. Ein starkes Signal für die misshandelten Menschen. Ich hoffe, dass zum 1. Januar des Jahres 2016 die Regelung auf Bundesebene mit Votum aller Beteiligten in Kraft treten kann.

Landesregierung verschließt die Augen vor zunehmender Diskriminierung von Frauen in öffentlichen Funktionen

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Angelika Jahns, wirft der rot-grünen Landesregierung vor, die Augen vor der zunehmenden Diskriminierung von Frauen in öffentlichen Funktionen durch muslimische Männer zu verschließen. Im Rahmen der Dringlichen Anfrage hatte die CDU-Fraktion die Aufzeichnungen der Bochumer Polizistin Tania Kambouri in ihrem Buch „Deutschland im Blaulich“ aufgegriffen und nach der Situation in Niedersachsen gefragt.

„Angeblich gibt es in Niedersachsen keine vergleichbaren Schilderungen von Polizistinnen. Angesichts der Probleme mit einzelnen ethnischen Gruppen, der Rivalität zwischen verfeindeten ausländischen Familienclans und nicht zuletzt der Gewalt in den Flüchtlingsunterkünften, ist das kaum zu glauben“, sagte Jahns. Tatsächlich herrscht bei der niedersächsischen Polizei aufgrund von derartigen Fällen, große Frustration. Jahns: „Dass Rot-Grün auch in diesen Zeiten an ihrer Beschwerdestelle gegen Polizisten festhält, zeigt mehr als deutlich: Die Landesregierung hat den Ernst der Lage noch immer nicht erkannt.“

Dabei beschränkt sich das Problem nicht allein auf Frauen im Polizeidienst, sondern treffe auch andere Berufsgruppen. „Die Beschwerden von Krankenschwestern oder Lehrerinnen, die sich von männlichen Muslimen diskriminiert fühlen, häufen sich. Dass die rot-grüne Landesregierung dieses Problem vollständig ignoriert, entlarvt ihre Gleichstellungsbemühungen als reine Farce und wird von vielen Frauen zu Recht als Beleidigung empfunden“, so Jahns.

BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT

Die Zulassung von Glyphosat um sechs Monate verlängert



Die Mitgliedstaaten der EU haben Berichten zufolge einer Zulassungsverlängerung für das Pflanzenschutzmittel Glyphosat bis Sommer 2016 zugestimmt. Die EU-weite Zulassung des Wirkstoffs wäre sonst am 31.12. ausgelaufen. Die EU-Mitgliedstaaten sollen im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette in Brüssel der Übergangsregelung mit qualifizierter Mehrheit zugestimmt haben.

Als Begründung wird angeführt, dass die Wissenschaftler hierdurch noch einmal mögliche gesundheitliche Risiken, in erster Linie auf Krebserkrankungen, untersuchen können. Die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) benötige dafür die Fristverlängerung.

Die EU-Kommission betont, dass die betreffende Verlängerung kein Votum für oder gegen das Pflanzenschutzmittel sei. Allein die eingehendere Untersuchung sowie das Prozedere insgesamt würden weitere sechs Monate in Anspruch nehmen.

Auslöser für das Verschieben sei, dass unterschiedliche Glyphosat-Einschätzungen von zwei Gremien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorliegen.

Kommissarin Thyssen wirbt für ESF-Mittel-Nutzung für Flüchtlinge

In ihrer Rede vom 25.09. hat die für Beschäftigungspolitik zuständige Kommissarin Marianne Thyssen noch einmal die Möglichkeiten erläutert, mit denen Flüchtlinge und Migranten über die bestehenden europäischen Förderinstrumente, insbesondere den ESF, unterstützt werden könnten.

Denn Maßnahmen aus den verschiedenen Instrumenten stehen grundsätzlich auch Nicht-EU-Bürgern offen. Voraussetzung bei ESF-geförderten Arbeitsmarktmaßnahmen ist aber ein Zugang zum Arbeitsmarkt, welcher spätestens neun Monate nach Stellung des Asylantrags gewährt werden muss. Doch auch ohne Arbeitserlaubnis können Flüchtlinge oder Migranten bereits an Maßnahmen zur Berufsausbildung teilnehmen oder, im Fall von Minderjährigen, Zugang zu Schulbildung erhalten. Diese Möglichkeit muss allerdings in den jeweiligen nationalen Förderrichtlinien enthalten sein.



Weitere Maßnahmen können über den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) gefördert werden, wenn Mitgliedstaaten Flüchtlinge als Zielgruppe definieren. In Deutschland sind derzeit nur Zuwanderer aus EU-Staaten erfasst. Andere Länder wie Schweden, Belgien und Spanien erfassen hingegen auch Flüchtlinge.

ESF und EHAP können die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft unterstützen, z.B. durch Beratung, Fortbildung, Zugang zu Gesundheit und sozialen Diensten oder Maßnahmen gegen Diskriminierung. Durch den EHAP können auch Nahrung oder lebensnotwendige Dinge wie Kleidung und Decken finanziert werden.

Zeitlich gesehen könnten die ersten Maßnahmen über den Fonds für Asyl, Migration und Integration (AMIF) gefördert werden, noch bevor Maßnahmen aus dem ESF oder EHAP greifen. Beispielweise durch Sprach- oder Integrationskurse.

Die Kommission bekundet ihre Bereitschaft, Anträge auf Änderungen in bestehenden Programmen zu prüfen, die sich noch auf Restmittel aus der Förderperiode 2007 bis 2013 beziehen. Auch Anpassungen der neuen Operationellen Programme der neuen Förderperiode sollen kurzfristig ermöglicht werden.

Zum Berufspraktikum ins europäische Ausland



Generationen von Studierenden haben bereits in der Vergangenheit mit finanzieller Unterstützung durch das EU-Programm Erasmus beziehungsweise Erasmus+ schon wertvolle Erfahrungen im europäischen Ausland gesammelt. Doch es sind nicht die Einzigen, die von dem Programm profitieren können. Ebenfalls profitieren können Auszubildende und Berufsschüler und -schülerinnen mit Hilfe des Programms Erasmus + Praktika in anderen europäischen Ländern. Sie können ihre Sprachkenntnisse verbessern, die Arbeitsweise dortiger Betriebe kennenlernen und mit Menschen aus anderen Kulturen zusammenarbeiten. NABIBB, spricht die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung, hat eine spezielle Internetseite für Azubis und Berufsschüler eingerichtet. Hier können Informationen eingeholt werden, wie man ein Auslandspraktikum findet, welche Fördermöglichkeiten es gibt und wie man die notwendigen Anträge stellt. Die einzelnen Projekte können zwischen zwei Wochen und zwölf Monaten dauern. Nähere Informationen unter: www.machmehrausdeinerausbildung.de

UNTERWEGS IM UND FÜR DEN WAHLKREIS

Besichtigung des Bohrplatzes in Rodewald



Gibt es einen Zusammenhang zwischen Erdgas- oder Erdölförderung und höheren Krebsraten in Rodewald?

Aufgrund der Hinweise auf eine Häufung von Leukämiefällen in Rodewald besuchte ich, auf Einladung von Gemeindedirektor Knut Hallmann, gemeinsam mit Mitgliedern aus unserem Samtgemeinderat, die Erkundungsbohrung der Firma Wintershall in der Gemarkung Rodewald. Ich informierte mich über die hohen Sicherheitsvorkehrungen und technischen Abläufe. Es wurde dabei deutlich, dass die heutige Förderung nicht mehr mit derjenigen Ende der 90-iger Jahre vergleichbar ist. Sicherheit steht an erster Stelle. Auch für die kommenden Jahre wurde eine hohe Transparenz zugesagt. Trotz allem wird der Landkreis in enger Abstimmung mit dem Niedersächsischen Landesgesundheitsamt, dem Epidemiologischen Krebsregister Niedersachsen und der Samtgemeinde Steimbke eine entsprechende Anfrage an das Krebsregister abstimmen und eine Krebscluster-Untersuchung beantragen, da im Zeitraum von 1998 bis 2007 fünf Menschen unter 40 Jahren an Leukämie erkrankt sind.

Sitzung des Ausschusses Bund, Europa, Medien und Regionalentwicklung in Coevorden



Wir haben uns in Coevorden mit dem deutsch-niederländischen Arbeitsmarkt und mit dem grenzüberschreitenden Verkehr befasst.

Gemeinsam mit der EDR (Ems Dollart Region) und der EUREGIO (grenzüberschreitende Zusammenarbeit Deutschland-Niederlande) haben wir im Rathaus der Gemeinde Coevorden (Niederlande) getagt. Bürgermeister Bert Bouwmeester war unser Gastherr. Einmal pro Legislaturperiode trifft sich der zuständige Ausschuss in der Region und erörtert inhaltliche Themen. Zwei wichtige Themen beschäftigten uns: der grenzübergreifende Arbeitsmarkt sowie die Verkehrs-Infrastruktur. Sehr viel weniger Grenzpendler aus den Niederlanden haben einen Arbeitsplatz in Deutschland als umgekehrt. Es gibt noch zu viele Hürden in der Sprache, bei den Stellenangeboten, in der Unternehmerkultur sowie in der Sozialversicherung und bei der Besteuerung. In der Verkehrs-Infrastruktur scheitert eine schnellere Umsetzung von Projekten oft an den unterschiedlichen Zuständigkeiten. Wir werden zu den Themen ein gemeinsames Positionspapier erarbeiten.

Eröffnung Home24 in Schneeheide



Wir hoffen alle, dass durch Home24 Walsrode als Wirtschaftsstandort an Bedeutung gewinnt.

In unserem Heidekreis, im Gewerbepark an der A 27 in Walsrode, ist nun Europas größtes Online-Möbelhaus mit einem Portfolio von 180.000 Artikeln zuhause. Die gigantische Anlage von Home24 ist 60.000 Quadratmeter groß, die sechs Hallen jeweils 12,20 Meter hoch. Es gibt 75 Tore für anliefernde Lkws. Alles ist für eine hohe Frequenz ausgelegt. In nur sieben Monaten Bauzeit ist das ganze Logistikzentrum entstanden.

Geplant ist zudem, die Anlage von der deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen zertifizieren zu lassen. Alle europäischen Zielmärkte sollen von dem Lager aus beliefert werden.

Besuch der Notunterkünfte in Oerbke und Bad Fallingbostal



v.l.s: Ursula von der Leyen, Stephan Weil, Gudrun Pieper und Reinhard Grindel

Mit Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Ministerpräsident Stephan Weil besuchte ich die Notunterkünfte in Oerbke und in Bad Fallingbostal. Dank der Hilfsorganisationen und freiwilligen Helfer ist eine sehr gute Organisation gewährleistet. Über 1200 Menschen sind im Camp Oerbke aufgenommen, im Camp Bad Fallingbostal zurzeit 1600 Menschen, Tendenz steigend. Dementsprechend ist es für alle weiteren Planungen unerlässlich sich immer wieder einen persönlichen Eindruck zu verschaffen.

200jähriges Jubiläum Dow in Bomlitz



Das 200jährige Jubiläum des Industriestandorts Bomlitz wurde feierlich begangen

Nur wenige Standorte in Deutschland können auf so eine spannende und traditionsreiche Geschichte zurückblicken. Der als Pulvermühle im napoleonischen Zeitalter 1815 gegründete Standort gehört seit 2007 zu Dow und spielt für die Forschung und Produktion des Unternehmens in Europa eine wesentliche Rolle. Über 1.900 Mitarbeiter sind derzeit am Industriestandort beschäftigt, der 2015 sein 200-jähriges Bestehen feiert und damit zu den ältesten Chemiestandorten weltweit gehört.